

Protokoll

Vollversammlung des Diözesanrats der Katholiken im Erzbistum Berlin am 17. Mai 2025

St. Dominicus, Lipschitzallee 74, 12353 Berlin-Neukölln

Anwesend: s. Liste (Anlage 1)

Es wurde mit folgender Tagesordnung eingeladen:

1. Annahme der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 9. November 2024
3. Anfragen an den Vorstand
4. Berichte
5. Schwerpunktthema: Klimaschutzziele 2040 Erzbistum Berlin
6. Interdiözesane Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs (IKA)
7. Anträge
8. Verschiedenes

Frau Dr. Abmeier begrüßt alle Mitglieder der Vollversammlung und die Gäste Weihbischof Dr. Heinrich, Herrn Prof. Krämer (Präsidium der Landessynode der EBKO), Frau Otto (Betroffenenbeirat Ost) und Herrn Weber (Leiter des Bereichs Pastoral).

Es wird eine Spendensammlung für das Maximilian-Kolbe-Werk durchgeführt. Sie ergibt 613 €.

Herr Prof. Krämer (Präsidium der Landessynode der EKBO) hält ein Grußwort.

Frau Grosch (Hl. Theresa von Avila) führt als Moderatorin durch die Vollversammlung.

1. Annahme der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird in der vorgeschlagenen Fassung angenommen.
--

2. Genehmigung des Protokolls der Vollversammlung vom 9. November 2024

Das Protokoll wird bei 2 Enthaltungen und ohne Nein-Stimmen genehmigt.
--

3. Anfragen an den Vorstand

Es wurden keine Anfragen an den Vorstand eingereicht.

4. Berichte

Vorstand

Frau Dr. Abmeier berichtet:

- Vorstand des Diözesanrats hat das Verhältnis des Diözesanrats zum Synodalpastoral erörtert und Erfolgskriterien zur Bewertung der Arbeit des Synodalpastoralrats entwickelt.
- Diözesanrat hat Gottesdienst und Empfang zur Eröffnung der Kathedrale gefeiert.
- Drei-Königs-Preis 2025 wurde an Initiative „Wel(l)come-In“ in Marienfelde verliehen.
- Aktivitäten zur Bundestagswahl u.a.: Stellungnahmen, Wahlauf Ruf, Banner-Kampagne
- Neues Pontifikat: zahlreiche Äußerungen von Diözesanratsmitgliedern in den Medien.

Herr Streich (St. Hildegard von Bingen) kritisiert den Verkauf des Katharinenstifts, eines lebendigen katholischen Ortes im Prenzlauer Berg. Frau Dr. Abmeier antwortet: Es gab dazu eine Anfrage an den Synodalpastoralrat aus dem Diözesanrat. Dort wurde festgestellt, die Entwicklung hatte einen großen Vorlauf und die Entscheidung sei nicht mehr revidierbar.

Herr Dr. Höwer (BKU) berichtet, dass auch beim Verkauf von St. Kamillus am Klausenerplatz die Gemeinde nicht einbezogen wurde, obwohl sie stark davon betroffen ist. Auch wenn das Gebäude nicht im Besitz des Erzbistums ist, sollten solche Entwicklungen im Immobilienprozess berücksichtigt werden.

Synodalpastoralrat

Frau Bomke (PR Blankenfelde-Zossen) berichtet:

- Im Berichtszeitraum gab es die zweite Vollversammlung und sechs Vorstandssitzungen, die Ausschüsse haben getagt.
- Es muss noch klarer werden, bei welchen Themen der Synodalpastoralrat (SPR) zu beteiligen ist.
- Öffentlichkeitsarbeit für den SPR wird entwickelt, um Menschen im Erzbistum zu erreichen und sie für die Themen zu interessieren.
- Zwei Anträge aus dem Diözesanrat wurden eingebracht und in der zweiten Vollversammlung des SPR beraten.
 - Ökumenische Gäste bei Plenarversammlungen: Antrag wurde in Erweiterung um Nordkirche und Orthodoxie angenommen.
 - Geschlechtergerechtigkeit:
 - Ein Teil des Antrags wurde eingebracht und von der Vollversammlung beschlossen: Anlaufstelle für Frauen (Ansprechperson: Frau Schmidt), kontinuierliche Öffentlichkeitsarbeit, eine jährliche Veranstaltung zur Geschlechtergerechtigkeit; Evaluation im Jahr 2026.
 - Pfarrei- und Gemeindeleitung, Beauftragung und Förderung von Frauen im Dienst der Verkündigung, Taufspendung:
 - Diese Themen werden noch im Pastoralausschuss beraten
 - Modellversuch: geteilte Leitungsverantwortung wird aktuell bereits an einzelnen Standorten im Erzbistum erprobt.

Auf die Frage von Herrn Streich (St. Hildegard von Bingen), inwieweit die Arbeit der Ausschüsse ökumenisch ausgerichtet ist, antwortet Frau Bomke: Diesbezüglich gibt es noch keine Bemühungen, da aktuell viel Zeit und Energie darin investiert, überhaupt ins Arbeiten zu kommen.

Auf Bitte von Frau Delere (Einzelpersönlichkeit) hin wird vereinbart, die Beschlüsse des Synodalpastoralrats im Vorfeld der Vollversammlungen zu verschicken.

Diözesanvermögensverwaltungsrat

Herr Dr. Thiede (St. Elisabeth) berichtet:

- Im Berichtszeitraum maßgeblich war der Beschluss des Haushaltsplans für 2025. Darin ist ein Defizit in Höhe von ca. 10 Mio. Euro ausgewiesen.
- Die Kirchensteuer ist der größte Posten der Einnahmen. Alle aktuellen Prognosen lassen einen deutlichen Rückgang der Kirchensteuereinnahmen erwarten.
- Es wird sich die Aufgabe stellen, Prioritäten zu setzen, wofür die weniger werdenden Mittel eingesetzt werden. Dafür braucht es einen transparenten Prozess.
- Größter Einzelposten bei Ausgaben sind die Personalkosten.
- Auch im Blick auf die Immobilienentwicklung muss klar sein: Mittel, die in ein Gebäude investiert werden, werden an anderer Stelle fehlen.

Geschäftsordnungsantrag Frau Delere (Einzelpersonlichkeit): Zur Transparenz der Dauer der Berichtspunkte soll eine Uhr eingeblendet werden. Die Sitzungsleitung bemüht sich um Umsetzung.

Herr Klose (Hl. Edith Stein) bezeichnet es als fatal, dass während der laufenden Immobilienentwicklung plötzlich und kurzfristig die Kategorisierung von Kirchen (A/C) erfolgen sollte. Kirche muss auch über ihre Wirkung in der Gesellschaft und ihren caritativen Auftrag gedacht werden.

Herr Kannenberg (Nordostwinde) fragt nach den geplanten Einsparungen. Herr Dr. Thiede antwortet: Es gibt bereits Überlegungen und Beratungen bzgl. Einsparungen, z. B. keine Neuerrichtung von Kitas, wo kein Bedarf nach neuen Plätzen besteht. Er selbst plädiert dafür, die Beratung über die Prioritäten im Synodalphistoralrat zu verorten und den Diözesanvermögensverwaltungsrat als das Umsetzungsgremium zu verstehen.

Herr Wilke (Bundesverband der Katholiken in Wirtschaft und Verwaltung) ergänzt zum Thema Katharinenstift: In einem mehrjährigen Prozess wurde darüber beraten. Die Ansiedlung der Edith Stein Schule an der KHSB war ein Teil der Entscheidung. Das Machtverhältnis zwischen Diözesanvermögensverwaltungsrat und Synodalphistoralrat muss sich einpendeln. Es gab zwei Immobilienentscheidungen: Katharinenstift und ein innovatives Gemeindevorhaben. In beiden Fällen hat er sich für die Beratung im Synodalphistoralrat ausgesprochen. Dies wurde mit der Begründung abgelehnt, dass die Prozesse schon zu weit fortgeschritten seien. Er empfiehlt, Grundsätze für die Immobilienentscheidung zu formulieren, die der Bistumsleitung, aber auch den Pfarreien und Gemeinden nahegelegt werden.

Caritas Delegiertenversammlung

Herr Wolf (Familienbund der Katholiken) berichtet:

- Versammlung hat getagt.
- In der Delegiertenversammlung sind alle Mitglieder vertreten. Dazu zählen auch die Pfarreien, von denen viele die Aufgabe nicht wahrnehmen. Es wäre wünschenswert, dass Pfarreien Personen benennen und als Delegierte in die Versammlung schicken.

Zentralkomitee der deutschen Katholiken

Herr Klose (Hl. Edith Stein) berichtet:

- Synodaler Ausschuss hat in Magdeburg getagt und über Folgendes beraten:
 - Zukunft des Synodalen Weges und Einrichtung Synodales Gremium
 - Paritätische Besetzung des Synodalen Gremiums mit 27 Bischöfen und 27 Vertreterinnen und Vertretern des ZdK

- Themen werden sein: Bundesweite pastorale Planung, Finanz- und Haushaltsangelegenheiten auf Bundesebene
- Intensive Satzungsberatung
- Beratung über die Vermeidung von Doppelungen in Strukturen und klare Zuständigkeiten
- Monitoring und Evaluation der Umsetzung der Beschlüsse des Synodalen Wegs
- Synodaler Weg: Abschlusssitzung im Januar 2026
- ZdK-Vollversammlung tagt am 23.-24. Mai 2025 in Paderborn.

Erzbistum Berlin

Herr Weber (Erzbistum Berlin) berichtet:

- Er dankt für das große Engagement im Diözesanrat, in den Pfarreien und Verbänden
- Neue Strukturierung des Bereichs Pastoral (s. Anlage).
- Immobilienentwicklung: Zum jetzigen Zeitpunkt seitens des Erzbistums Standorte zu übernehmen, ist nicht vertretbar.
 - 11 Pfarreien befinden sich im Beratungsprozess.
 - Zuerst pastorale, soziale, und ökologische Fragen beraten – erst danach die ökonomischen.
- Es besteht Verbesserungsbedarf bei den diözesanen Gremien, ihrer Zuständigkeit und ihrem Verhältnis zueinander (Diözesanvermögensverwaltungsrat, Synodalphistorialrat, Leitungskonferenz im Ordinariat)
- Zwei Pfarreien starten zum 1. Januar 2026.
- Pfarreientwicklung endet nicht mit der Gründung einer Pfarrei.
- Quartiersentwicklung in Wilhelmstadt-Spandau als Modellprojekt.

Frau Hoffmann (pax christi) dankt allen, die berichtet haben, für die Wahrnehmung ihrer Mandate und die gute Vertretung des Diözesanrats in all den Gremien.

5. Schwerpunktthema: Klimaschutzziele 2024 Erzbistum Berlin

Frau Grosch und Herr Dr. Plehn (Leiter des Sachausschusses Laudato si') führen ins Thema ein:

- Der erste wichtige Schritt ist die Erfassung der Verbrauchsdaten; der zweite ist die Senkung der Treibhausgasemissionen um 50 % bis zum Jahr 2030.
- Immobilienentwicklung und Klimaschutzziele müssen unbedingt, nicht zuletzt aus ökonomischen Gründen, gemeinsam gedacht werden.
- Wichtig sind langfristige Planungen anstatt kurzfristige ad-hoc-Lösungen, wie es z. B. oft der Fall ist, wenn eine Heizung ausfällt.

Arbeitsgruppenphase zu den Themenfeldern (s. Anlage):

- 1) Kommunikation in der Pfarrei;
- 2) Umsetzung notwendiger Maßnahmen;
- 3) Zukunftsbild: Die schöpferungsverantwortliche Pfarrei

Antragsberatung: Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele 2040 (Klimaschutzfonds)

Herr Dr. Plehn (Einzelpersonlichkeit) führt in den Antrag (s. Anlage) ein: Die Mittel für einen Fonds wurden von der Bistumsleitung zugesagt, der Diözesanvermögensverwaltungsrat hat jedoch keine Mittel dafür eingestellt. Der Antrag dient dazu, die Umsetzung der Zusage einzufordern. Wo staatliche Fördermittel genutzt werden können, sind diese auch zuvorderst in Anspruch zu nehmen. Die Vergabe aus dem Fonds soll subsidiär erfolgen.

Herr Dr. Thiede (St. Elisabeth) empfiehlt, dass ein Kriterienkatalog erstellt wird, damit die Mittel effektiv und zielgenau eingesetzt werden.

Der Antrag wird bei einer Enthaltung und ohne Nein-Stimmen angenommen (s. Anlage).

6. Interdiözesane Kommission zur Aufarbeitung des sexuellen Missbrauchs (IKA)

Herr Urig, Sprecher der AG Aufarbeitung und Prävention sexualisierter Gewalt, führt ins Thema ein (s. Anlage).

Herr Wolf, Mitglied der IKA, benannt von den Diözesan- und Katholikenräten, gibt eine grundsätzliche Einführung in die Arbeit der IKA, führt einige grundsätzliche Aspekte auf und gibt seine Einschätzung zum Zwischenbericht (s. Präsentation).

Frau Otto, Mitglied der IKA, entsandt vom Betroffenenbeirat, stellt zentrale Aspekte des Minderheitenvotums der Betroffenen vor und gibt Einblicke in die Arbeit der IKA (s. Präsentation). Frau Otto adressiert unter der Prämisse „Nicht ohne uns über uns“ drei zentrale Anliegen an den Diözesanrat:

- Im Kontakt bleiben:
 - Diözesanratsvertretung in der IKA
 - Betroffenenvertretung im Diözesanrat
- Fachtag „Aufarbeitung“ wiederbeleben
- Lobbying für Vergabe und Finanzierung der Studie

Im Austausch erläutert Frau Otto auf Rückfragen von Mitgliedern der Vollversammlung hin:

- Die Unabhängigkeit leidet unter dem Verständnis des Vorsitzenden der IKA, vom Bischof Aufträge zu erhalten.
- Die Kosten für die IKA belaufen sich auf ca. 18.000 € pro Monat; darin enthalten sind Aufwandsentschädigungen für Mitglieder, Kosten für Geschäftsstelle und Traumabegleitung.
- Amtszeit der meisten Mitglieder läuft im August 2025 aus. Vertreterinnen und Vertreter der Betroffenen empfehlen, die Studie bis dahin zu beauftragen.
- Auftrag für die IKA ist in der Gemeinsamen Erklärung (DBK und UBSKM) festgelegt. Dieser findet sich auch in der Ordnung im Amtsblatt wieder. In der IKA jedoch habe der Vorsitzende eine eigene Geschäftsordnung erstellt, statt den Auftrag aus der Gemeinsamen Erklärung zu übernehmen.
- Kommission hat sich im Mai 2023 konstituiert und bereits im August 2023 wurde das Konzept für eine Studie vorgelegt. Es hat über ein Jahr gedauert, bis die Studie zur Abstimmung gestellt worden ist.
- Die IKA hat sich dazu entschieden, ihre Arbeit mittels der Studie erfüllen zu lassen.
- Erzbischof hat angekündigt, mit der Nachbesetzung der offenen Posten in der IKA bis zum Zwischenbericht zu warten. Seit dem Vorliegen des Berichts ist jedoch nichts passiert.

- Andere Kommissionen haben einen festen Tagesordnungspunkt, wo die Betroffenen ihre Anliegen einbringen dürfen. Um zu vermeiden, dass die Betroffenen regelmäßig überstimmt werden, hält Frau Otto die Einführung entsprechender Regelungen wie z. B. die Möglichkeit von Minderheitsvoten für Betroffene für erforderlich.

7. Anträge

7.1 Änderung der Satzung

Frau Müßig (St. Helena) führt in den Antrag (s. Anlage) ein. Ziel ist es, die Amtszeiten zu synchronisieren.

Der Antrag wird bei 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen beschlossen (s. Anlage).

8. Verschiedenes

Persönliche Erklärung des BDKJ-Vorstandes zur Aufarbeitung im Erzbistum Berlin

Wir nehmen wieder mal mit großer Irritation und Enttäuschung zur Kenntnis, dass die Finanzierung einer Aufarbeitungsstudie erneut an einer fehlenden Bereitschaft der Bischöfe und der Kirchenführung zur finanziellen Unterstützung zu scheitern droht. Der Bundes-BDKJ hatte zuvor drei Jahre um eine (Teil-)Finanzierung der Bundesstudie vom Verband deutscher Diözesen (VDD) gerungen. Leider wurden hier bürokratisch Hürden genutzt und Fristen verschleppt. Es wurde bis heute keine Antwort gegeben und so haben die Jugend- und Diözesanverbände am 10. Mai 2025 entschieden die Studie selbst zu finanzieren. Darunter leidet massiv die Kinder- und Jugendarbeit. Wir erwarten, dass Aufarbeitung wenigstens in unserem Bistum ernst genommen wird und eine umfangreiche, unabhängige Studie in Auftrag gegeben und vom Bistum finanziert wird. Dabei sollen bitte möglichst alle Bereiche unseres kirchlichen Lebens, also auch die Dekanatsverbände und Jugendgruppen in den Blick genommen werden.

Bzgl. der in TOP 6 offengebliebenen Punkte verständigt man sich darauf, dass der Geschäftsführende Ausschuss darüber berät. Frau Wedekind (Gast) schlägt vor, dazu Mitglieder des Betroffenenbeirats hinzuzuholen.

Herr Hoyer bittet um Ausfüllen der Evaluationsbögen. Es gibt die Möglichkeit, auch Themen für die nächsten Vollversammlungen vorzuschlagen. Die Rückmeldungen werden im Geschäftsführenden Ausschuss beraten und bei der Planung der nächsten Vollversammlung berücksichtigt.

Herr Wolf (Familienbund) berichtet von der Gründung einer Gesellschaft für Christlich-Jüdische Zusammenarbeit in Oranienburg und ermutigt, dies auch andernorts zu tun.

Frau Binek (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung) lädt ein, die Petition „Faires Paket“ für bessere Arbeitsbedingungen in der Paketbranche mit der Unterzeichnung zu unterstützen.

Zu folgenden Veranstaltungen wird eingeladen:

- 27. Juni, 16:00 Uhr: Exkursion zur Biobäckerei Märkisches Landbrot
- 01. Juli, 18:00 Uhr: Sommerfest des Erzbischofs und des Diözesanrats
- 10. Juli, 17:30 Uhr: Workshop: Spiritualität in Gremien
- 16. Juli, 18:30 Uhr: Bewegte Beziehungen. Ein deutsch-polnischer Abend.
- 19. Sep., 15:30 Uhr: Digitale Werkstatt: Welttag der Armen
- 13. Nov., 18:00 Uhr: Gottesdienst des Diözesanrats in der Sankt Hedwigs-Kathedrale

Termin der nächsten Vollversammlung:

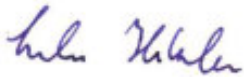
- 15. November 2025

Frau Dr. Abmeier dankt allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern, Frau Grosch für die Moderation und den Mitarbeitenden der Geschäftsstelle für die Organisation.

Zum Abschluss spricht Frau Wibbels (BDKJ) ein Gebet.

Berlin, 28. Juli 2025

Für das Protokoll



Dr. Lukas Hetzelein

Referent

Anlagen

- 1 Anwesenheitsliste
- 2 Neue Struktur Bereich Pastoral (TOP 4 – Bericht Herr Weber)
- 3 Dokumentation Ergebnisse Arbeitsgruppen (TOP 5)
- 4 Antrag „Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele 2040 (Klimaschutzfonds)“
- 5 Beschluss „Finanzierung von energetischen Sanierungsmaßnahmen zur Umsetzung der Klimaschutzziele 2040 (Klimaschutzfonds)“
- 6 Einführung Herr Urig (TOP 6)
- 7 Präsentation Herr Wolf (TOP 6)
- 8 Präsentation Frau Otto (TOP 6)
- 9 Antrag „Änderung der Satzung“
- 10 Beschluss „Änderung der Satzung“
- 11 Protokoll Säulentreffen Pfarreien
- 12 Ergebnisse Befragung Pfarrei- und Gemeinderäte